

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 5. Auflage

5

Erster Teil: Rauschmittel im Straßenverkehr

A. Die Feststellung des Rauschmittelkonsums	25
B. Alkoholbedingte Fahrsicherheit	70
C. Erheblich verminderte Schulpflichtigkeit und Schuldunfähigkeit	100
D. Fahrlässige Körperverletzung und fahrlässige Tötung infolge Trunkenheit ..	120
E. Die Trunkenheitsdelikte der §§ 316 und 315 c StGB	127
F. Konkurrenzfragen	163
G. Strafzumessung bei Trunkenheitsdelikten	169
H. Ordnungswidrigkeit gem. § 24 a StVG	197
I. § 24 c StVG – Alkoholverbot für Fahranfänger	220

Zweiter Teil: Fahrerlaubnisentziehung und Fahrverbot

A. Entziehung der Fahrerlaubnis durch den Strafrichter	227
B. Das Fahrverbot	364
Stichwortverzeichnis	447

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 5. Auflage	5
------------------------------	---

Erster Teil: Rauschmittel im Straßenverkehr

A. Die Feststellung des Rauschmittelkonsums	25
I. Atemalkoholprobe	26
II. Blutentnahme	27
1. Gesetzliche Voraussetzungen der Blutprobe: § 81 a StPO	27
2. Verwertbarkeit einer unter Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen gewonnenen Blutprobe	29
a) Entnahme der Blutprobe unter Vernachlässigung der „medizinischen Entnahmeveraussetzungen“	29
b) Verwertung von anderen Blutproben	30
c) Vernachlässigung des Richtervorbehaltes	30
aa) Gefahr in Verzug	31
bb) Dokumentation der Entscheidungsgrundlagen/Mündliche Beschlüsse	34
cc) Grenzen des Richtervorbehalts/Willkür/Revisionsfragen	35
dd) Beweisverwertungsverbot oder nicht?	41
3. Untersuchungen und Tests bei der Blutentnahme	44
a) Verwertbarkeit des sog. „klinischen Befundes“	44
b) Bedeutung eines negativen klinischen Befundes	45
c) Vernehmung des Blutentnahmearztes	45
III. Ermittlung der Blutalkoholkonzentration aus der Blutprobe	46
1. Die verschiedenen Untersuchungsmethoden	46
2. Anzahl der Einzelanalysen	47
3. Nicht ausreichende Anzahl von Einzelanalysen	47
4. Die geringe Wertigkeit einer zweiten Blutprobe	49
5. Variationsbreite	50
6. Analysenmittelwert	51
7. (Kein zusätzlicher) Sicherheitszuschlag	52
IV. Bedeutung der Blutalkoholkonzentration zur Tatzeit	52
1. Entbehrlichkeit einer Rückrechnung auf die Tatzeit	52
2. Rückrechnung auf die Tatzeit	53
a) Stündlicher Abbauwert	53
b) Verlauf der Blutalkoholkurve und Resorptionszeit	54
c) Die ersten beiden Stunden nach Trinkende	54
3. Nachtrunk	56
V. Fehlen einer Blutuntersuchung	57
1. Berechnung der BAK aus der Trinkmenge („Widmark“)	57
a) Grundlagen jeder Berechnung	57
b) Die eigentliche Berechnung nach Widmark	58

Inhaltsverzeichnis

aa) Erläuterungen zu der Formel	58
bb) Der Reduktionsfaktor „r“	58
cc) Die abgebaute Alkoholmenge „ß x t“	59
dd) Das Resorptionsdefizit	59
2. Atemalkohol	61
a) Grundlagen	61
b) Verfälschende Einflüsse auf das AAK-Ergebnis	62
c) Gefahrengrenzwert: 0,25 mg/l AAK	63
d) Der Einsatz eines AAK-Messgerätes (generelle Betrachtung)	63
aa) Zuverlässigkeit der Messwerte einer AAK-Messung	64
bb) Bei allen AAK-Messungen zu beachtende Verfahrensbestimmungen	64
cc) Fehlerquellen bei der Messung bzw im Rahmen der Auswertung	64
dd) Tatsächliche Feststellungen des Tatrichters	65
VI. Das medizinische Sachverständigengutachten	66
1. Verfahrensfragen	66
2. Unvereinbarkeit der ermittelten BAK mit dem klinischen Befund	67
3. Das Urteil des Tatrichters: BAK-Bestimmung und Sachverständigengutachtens	67
4. Zweifel an der Identität des untersuchten Blutes	68
a) ... im Strafverfahren	68
b) ... im Bußgeldverfahren	70
B. Alkoholbedingte Fahrunsicherheit	70
I. Absolute und relative Fahrunsicherheit	70
II. Absolute Fahrunsicherheit bei Kraftfahrern	71
1. Feststellung absoluter Fahrunsicherheit aufgrund des Blutprobenergebnisses	71
2. Kein AAK-Beweisgrenzwert für absolute Fahrunsicherheit	72
3. Erreichen des Beweisgrenzwertes erst nach der Tat	73
4. Keine Aufrundung	74
5. Motorrad- und Mopedfahrer	74
6. Mofafahrer	74
7. Segway-Nutzer	74
8. Anwendbarkeit des Beweisgrenzwertes für Kraftfahrer	75
III. Absolute Fahrunsicherheit bei Radfahrern	76
IV. Erschwerende Bedingungen bei der Fahrt	76
V. Grenzwertabsenkung durch Krankheit, Ermüdung pp.	76
VI. Falls es in Zukunft nochmals zur Herabsetzung der Promillegrenze kommt	77
VII. Relative Fahrunsicherheit	77
1. Mindest-BAK für die Annahme relativer Fahrunsicherheit	77
2. Anforderungen an die zusätzlichen Beweisanzeichen für die Annahme relativer Fahrunsicherheit	78

3. Gesamtwürdigung aller Umstände	78
4. Feststellung alkoholbedingter Ausfallerscheinungen	79
5. Ausfallerscheinungen bei der Fahrweise	79
6. Andere alkoholbedingte Ausfallerscheinungen	82
7. Sturztrunk vor Fahrtantritt	83
8. Der klinische Befund = ärztlicher Bericht des blutprobeentnehmenden Arztes	84
VIII. Zusammenwirken von Alkohol und anderen Ursachen	86
IX. Fahrunsicherheit aufgrund „anderer berauschender Mittel“ (insbes. Drogen)	87
1. Der Begriff der „anderen berauschenden Mittel“	87
2. Welche Drogen sind „berauschende Mittel“?	88
3. Welche Medikamente sind berauschende Mittel?	88
4. Wechselwirkungen: Medikamente/Alkohol/Drogen	90
5. Grenzwerte und Drogen	90
a) Keine anerkannten Grenzwerte für Fahruntüchtigkeit	91
b) Existieren Mindestgrenzwerte?	91
c) Noch nicht anerkannt: Der CIF als Gradmesser nach Cannabis-Konsum	91
6. Anforderungen an die Feststellung drogenbedingter Fahrunsicherheit	92
a) Herabgesetzte Gesamtleistungsfähigkeit	92
b) Neben Konsum sind weitere Beweisanzeichen erforderlich	93
c) Fahrfehler als rauschmittelbedingte Ausfallerscheinung	94
d) Sonstige Verhaltensbesonderheiten als rauschmittelbedingte Ausfallerscheinungen	95
e) Weitere hilfreiche Einzelheiten aus der Rechtsprechung und Literatur zu Ausfallerscheinungen (leitsatzartig)	96
7. Die Feststellung des Konsums und der Menge des Konsums	98
8. Keine Rückrechnung möglich	99
9. Tatsächliche Feststellungen/Ermittlungen des Tatrichters	99
C. Erheblich verminderte Schuldfähigkeit und Schuldunfähigkeit	100
I. Actio libera in causa	100
1. Anwendbarkeit im Verkehrsstrafrecht	101
2. Vorsätzliche actio libera in causa	101
3. Fahrlässige actio libera in causa	102
II. Besonderheiten bei der Rückrechnung	105
1. Grundschema	106
2. Resorptionsabschluss/Beginn der Berechnung	106
3. Stündlicher Abbauwert	106
4. Und so wird die höchste BAK berechnet!	106
III. Hinzuziehung eines Sachverständigen	107
IV. Erheblich verminderte Schuldfähigkeit	108
1. Keine verbindliche BAK-Höhe	109

Inhaltsverzeichnis

2. Besondere Bedeutung der BAK von 2,0 %o	109
3. Besonderheiten der Rückrechnung	110
4. Gestiegerte Bedeutung „psychodiagnostischer Kriterien“	110
V. Schuldunfähigkeit	111
1. BAK von 2,5 %o	112
2. BAK von 3,0 %o	112
3. Verhalten des Täters	113
VI. Vollrausch (§ 323 a StGB)	114
1. Grundsätzliches/Prozessrecht	114
2. Rausch	115
a) Begriff des Rausches	115
b) Bedeutung der BAK-Höhe für den Rausch	115
c) Hinzutreten anderer die Schuldfähigkeit beeinträchtigender Ursachen	116
3. Innerer Tatbestand	117
a) Vorsatz und Fahrlässigkeit	117
b) Rauschtrat als objektive Bedingung der Strafbarkeit	118
c) Innerer Tatbestand der Rauschtrat	119
D. Fahrlässige Körperverletzung und fahrlässige Tötung infolge Trunkenheit ..	120
I. Fahrlässige Körperverletzung – § 229 StGB	120
1. Strafantrag oder besonderes öffentliches Interesse	120
2. Tathandlung: Körperverletzung	121
3. Fahrlässigkeit	121
II. Fahrlässige Tötung – § 222 StGB	125
E. Die Trunkenheitsdelikte der §§ 316 und 315 c StGB	127
I. Trunkenheit im Verkehr (§ 316 StGB)	127
1. Dauerstrafat	127
2. Begriff des Fahrzeugführers im (öffentlichen) Verkehr	129
a) Öffentlicher Verkehrsraum	129
aa) Schnellübersicht: Einzelfälle in der Rechtsprechung	130
(1) Beispiele für öffentlichen Verkehrsraum	130
(2) Beispiele für fehlenden öffentlichen Verkehrsraum	131
bb) Feststellung der Öffentlichkeit bei Privatflächen	131
cc) Prozessuale Hinweise	132
b) Fahrzeug	133
aa) Fahrzeuge sind somit vor allem auch	133
bb) Keine Fahrzeuge iSd § 316 StGB sind die in § 24 Abs. 1 StVO genannten besonderen Fortbewegungsmittel, namentlich	133
c) „Führen“ des Fahrzeugs	134
aa) Begriff des Führens	134
bb) Rechtsprechungsüberblick: Einzelfälle zum Begriff des Führens	135
cc) Verhältnis des „Führens“ zu dem Beweisgrenzwert für die absolute Fahruntüchtigkeit	137

(1) Rollenlassen und Schieben pp.....	137
(2) Abschleppen.....	138
3. Rauschmittelbedingte Fahrunsicherheit.....	138
4. Rechtfertigungsgründe	138
5. Vorsatz und Fahrlässigkeit im Hinblick auf die Fahrunsicherheit....	140
a) Vorsatz	140
aa) Bedeutung der BAK-Höhe	140
bb) Umstände des Einzelfalles	143
cc) Das Urteil: Tatsächliche Feststellungen bei Vorsatzverurteilung	145
b) Fahrlässigkeit	145
aa) Erkennbarkeit der alkoholischen Beeinträchtigung	146
bb) Kenntnis des vorausgegangenen Alkoholgenusses	146
cc) Genuss unbekannter Getränke, Medikamenteneinnahme und „Einatmen von Dämpfen“	146
dd) Bedeutung der BAK-Höhe als Fahrlässigkeitsindikator	147
ee) Heimlich zugeführter Alkohol	148
ff) Restalkohol.....	149
gg) Zusammenwirken von Alkohol und anderen Ursachen	149
6. Teilnahme und Wahlfeststellung	150
a) Täterschaft und Teilnahme	150
b) Wahlfeststellung	150
II. Gefährdung des Straßenverkehrs (§ 315 c StGB)	151
1. Keine Dauerstraftat	151
2. Fahrzeugführen im Straßenverkehr	151
3. Gefährdung eines anderen Menschen oder fremder Sachen von bedeutendem Wert infolge Fahruntüchtigkeit	152
a) Fahruntüchtigkeit	152
aa) Rauschmittelbedingte Fahruntüchtigkeit	152
bb) ... aufgrund geistiger und körperlicher Mängel	152
b) Eintritt einer konkreten Gefahr	154
c) Unmittelbarkeit der Gefährdung	156
d) Der Begriff des „anderen Menschen“ als gefährdete Person	157
e) „Sache von bedeutendem Wert“	157
aa) Wertgrenze	157
bb) Gefährdung des vom Täter geführten Fahrzeugs	159
cc) Verursachung nur unbedeutenden Sachschadens	159
f) Kausalitätsfragen, insbes. „Doppelkausalität“	160
g) Einwilligung des Gefährdeten und Rechtswidrigkeit	161
h) Vorsatz und Fahrlässigkeit	161
aa) Vorsatz	161
bb) Fahrlässigkeit	162
i) Versuch	162
j) Teilnahme – §§ 26, 27 StGB	163

Inhaltsverzeichnis

F. Konkurrenzfragen	163
I. Polizeiflucht	163
II. Mehrere Begehungsformen des § 315 c StGB	163
III. Gleichzeitige Gefährdung mehrerer Personen	163
IV. Mehrere Gefährdungen auf einer Trunkenheitsfahrt	164
V. Das Verhältnis von § 316 StGB zu § 315 c StGB	165
VI. Das Verhältnis von § 315 c StGB zu § 315 b StGB	165
VII. Mehrere Trunkenheitsdelikte bei gleichzeitigem, „fortgesetztem“ Fahren ohne Fahrerlaubnis	166
VIII. Trunkenheitsfahrt und unerlaubtes Entfernen vom Unfallort	167
1. Tatidentität im Sinne von § 264 StPO	167
2. Tatmehrheit	167
3. Nichtverurteilung wegen tatmehrheitlich angeklagten unerlaubten Entfernens vom Unfallort	168
4. Trunkenheitsfahrt und unerlaubtes Entfernen vom Unfallort im Zustand der Schuldunfähigkeit	168
G. Strafzumessung bei Trunkenheitsdelikten	169
I. Strafzumessungsempfehlungen	169
1. Unzulässige Strafzumessung nach Taxen pp	169
2. Normalfallrechtsfolgen für den Ersttäter	170
3. Der Prüfungsansatz der Revisionsinstanz	176
II. Bedeutung der BAK-Höhe und des Stadiums der Alkoholkurve	176
1. Strafschärfung	176
2. Strafmilderung/Verminderte Schuldfähigkeit	176
a) Erhebliche Verminderung der Schuldfähigkeit – § 21 StGB	177
b) Strafrahmenverschiebung nach §§ 21, 49 StGB	177
III. Strafschärfung bei „Zechtour“	179
IV. Bedeutung der von der Fahrt ausgehenden abstrakten Gefahr	180
V. Einfluss von Beruf und sozialer Stellung	180
VI. Verschleierungsversuche durch den Angeklagten/Nachtrunk	181
VII. Vorsatz	182
VIII. Inkaufnahme einer Gefährdung durch den Mitfahrenden	182
IX. Strafmildernde Entziehung der Fahrerlaubnis	182
X. Strafmilderung: Vorsorge gegen Kfz-Benutzung vor Trinkbeginn	183
XI. Verminderte Schuldfähigkeit wg. Betäubungsmittelabhängigkeit	183
XII. Vorstrafen und Verfahrenseinstellungen als Gesichtspunkt der Strafzumessung	184
1. Vorstrafen – Feststellung und Wirkung	184
2. Der Auszug aus dem Bundeszentralregister (BZR-Auszug)	184
a) Einführung in die Hauptverhandlung/Wiedergabe im Urteil	184
b) Überprüfung der Richtigkeit der Vorstrafen	185
c) Warnwirkung der Voreintragung	185
d) Verwertungsverbot/Tilgungsreife	185
3. Verfahrenseinstellungen/Verwertung „unbekannter“ Taten	187

XIII. Nachtatverhalten, insbes. Schadenswiedergutmachung	188
XIV. Verfahrensdauer	188
XV. Freiheitsstrafe	190
1. Grundsatz des Ausschlusses kurzer Freiheitsstrafen	191
2. Wiederholungstäter/Bewährungsversager	191
XVI. Strafaussetzung zur Bewährung	192
1. Bedeutung einschlägiger Vorstrafen	193
2. Bewährungsversager	193
3. Schwere Unfallfolgen	194
XVII. Absehen von Strafe – § 60 StGB/eigene Verletzungen	195
XVIII. Tatrichterliche Feststellungen zu Umständen der Alkoholaufnahme	196
XIX. Jugendliche/Heranwachsende	197
H. Ordnungswidrigkeit gem. § 24 a StVG	197
I. Abstraktes Gefährdungsdelikt	197
II. Dauerordnungswidrigkeit	197
III. Blutalkohol	198
1. Ausreichen einer BAK von 0,5 % nach Beendigung der Fahrt	198
2. Kein Sicherheitszuschlag	198
IV. Atemalkohol	198
1. Anforderungen an die Verwertbarkeit der AAK-Messung	198
2. Dräger Alcotest 7110 Evidential, Typ MK III	200
a) Fehlergrenzen	200
b) Standardisiertes Messverfahren/Tatsächliche Feststellungen	201
c) Funktion des Messgerätes	201
aa) Bedienungsanleitung	201
bb) Kontrollzeit, Wartezeit pp.	202
cc) Messablauf	203
(1) Herstellung der Betriebsbereitschaft des Dräger Alcotest 7110 Evidential	204
(2) Die Durchführung der Messung mit dem Dräger Alcotest 7110 Evidential	204
(3) Ergebnisanzeige	205
3. Sicherheitszuschlag	205
V. Vorliegen von BAK- und AAK-Wert bei derselben Tat	206
VI. Drogen und Medikamente	206
1. Die einschlägigen Rauschmittel	207
2. Überblick: Weitere Tatbestandsmerkmale des § 24 a Abs. 2 StVG	207
3. (Beweis-)Grenzwerte	208
VII. Führen eines Kraftfahrzeugs im Straßenverkehr	209
VIII. Vorsatz und Fahrlässigkeit	210
1. Vorsatz	210
a) ... speziell bei Alkoholisierungsfahrten	210
b) ... speziell bei Drogenfahrten	211
2. Fahrlässigkeit	212

Inhaltsverzeichnis

a) ... speziell bei Alkoholisierungsfahrten	212
b) ... speziell bei Drogenfahrten	213
IX. Konkurrenzen/Tatbegriff/Rechtskraft	214
X. Verjährungsfristen	215
XI. Ahndung/Rechtsfolgen	216
XII. Abschließende Sammlung von Strategietipps für Verteidiger	218
I. § 24 c StVG – Alkoholverbot für Fahranfänger	220
I. Norminhalt	220
II. Täter: Fahranfänger	221
III. Verstoß gegen das absolute Alkoholverbot	221
1. Alkoholhaltiges Getränk	221
2. Zusichern des Getränks während der Fahrt	222
3. Antreten der Fahrt unter der Wirkung eines alkoholhaltigen Getränks	223
IV. Die subjektive Seite des § 24 c StVG	224
V. Rechtsfolgen	225
1. Sanktionen im Bußgeldverfahren	225
2. Verwaltungsrechtliche Folgen	225

Zweiter Teil: Fahrerlaubnisentziehung und Fahrverbot

A. Entziehung der Fahrerlaubnis durch den Strafrichter	227
I. Maßregelzweck	227
1. Maßregel der „Sicherung“	227
2. Maßregel der „Besserung“	229
II. Verfahrensfragen der Fahrerlaubnisentziehung	229
III. Voraussetzungen für die Fahrerlaubnisentziehung	231
1. Begehung einer Straftat	231
a) Regelfall: Verurteilungsfälle	231
b) Seltene Fälle der Entziehung bei Nichtverurteilung	231
2. Führen eines Kraftfahrzeugs	232
3. Straftat „bei“ dem Führen eines Kraftfahrzeugs	234
4. „Zusammenhang“ der Straftat mit dem Führen eines Kraftfahrzeugs	234
a) Begriff der „Zusammenhangstat“ und Beispiele	234
b) Eigenhändiges Fahrzeugführen durch den Täter	237
c) Zusammenhang mit dem Besitz eines Kraftfahrzeugs	239
5. Verletzung der Pflichten eines Kraftfahrzeugführers	240
6. Absehen von Strafe oder Nichtverurteilung wegen Schuldunfähigkeit	240
7. Ungeeignetheit zum Führen von Kraftfahrzeugen	240
a) Begriff	241
b) Arten der Eignungsmängel	241

c) Sich „aus der Tat“ ergebende Kraftfahrungeeignetheit	243
d) Nach der Tat aufgetretene Eignungsmängel	244
e) Maßgebender Zeitpunkt für die Eignungsbeurteilung	244
f) Bedeutung des Grundsatzes „in dubio pro reo“	245
g) Regelatbestände des § 69 Abs. 2 StGB	246
aa) Die Bedeutung von § 69 Abs. 2 StGB – „Indizwirkung“	246
(1) Unproblematische Regeldelikte	247
(2) Bedeutender Schaden bei Unfallflucht	247
bb) Absehen von der indizierten Maßregel	249
(1) Umstände der Tat	250
(a) Notstandsähnliche Situation	250
(b) Umparkersachverhalte/Kurzstreckenfahrten	251
(c) Ungefährliche Fahrzeuge	251
(d) Nur geringe Blutalkoholkonzentration?	252
(e) Unfallflucht (mit Trunkenheitsfahrt)	252
(2) Besondere Umstände in der persönlichen Lebensstellung	253
(a) Fehlende Voreintragungen/langjährige Fahrpraxis	253
(b) Berufliche Härten pp.	253
(3) Wegfall des Eignungsmangels	254
(a) Einfluss vorläufiger Führerscheinmaßnahmen	254
(b) Unbeanstandete Teilnahme am Kraftfahrzeugverkehr zwischen Tat und Hauptverhandlung	256
(c) Lange Verfahrensdauer	257
(d) Einfluss von Nachschulungsmaßnahmen	259
(aa) Ziel und Erfolg von Nachschulungsmaßnahmen	260
(bb) Rechtliche Einordnung	260
(cc) Einzelfälle des Absehens von der Regelfahrerlaubnisentziehung wg. Nachschulung	262
(dd) Feststellungen und Würdigungen des Tatrichters	263
(ee) Aufbauseminar: Verfahrenseinstellung nach § 153 a Abs. 1 Nr. 6 StPO	264
(ff) Nachschulungen bei hoher BAK oder Vorstrafen	265
(gg) Welche Feststellungen sind bei welcher Maßnahme erforderlich?	265
h) „Verkehrsspezifische Anlassstaten“	267
i) Allgemeine Kriminalität („Zusammenhangstaten“)	268
j) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	270
k) Sonderproblem: Fahrerlaubnisentziehung bei dem Jugendrichter	271
IV. Entziehung ist zwingend/Tenorierung/Urteilsgründe	272
V. Wirkung der Fahrerlaubnisentziehung	273
VI. Einziehung des Führerscheins/Vollstreckung	274
VII. Fahrerlaubnissperre	275
1. Sperrfristbestimmung im Urteil	275

Inhaltsverzeichnis

a) Bedeutung der Sperre	275
b) Tenorierung der Sperre im Urteil	276
c) Anordnung über die Länge der Sperre	276
d) Sperrfristbeginn	277
2. Noch laufende Sperre aufgrund früherer Verurteilung	277
3. Erhöhtes Mindestmaß	278
4. Einfluss vorläufiger Führerscheinmaßnahmen auf die Sperre	279
5. Sperrfristbemessung	281
a) Voraussichtliche Dauer der Ungeeignetheit	282
b) Besonderheiten der Prognoseentscheidung bei charakterlicher Ungeeignetheit	282
c) Sperre „für immer“ – § 69 a Abs. 1 S. 2 StGB	283
d) Unterschiedliche Sperrfristbemessung für einzelne Kraftfahrzeugarten	284
e) Berücksichtigung der Täterpersönlichkeit bei der Sperrfristbemessung	285
f) Ausmaß des Verschuldens als Kriterium der Sperrfristbemessung	287
g) Tatfolgen	287
h) Wirtschaftliche Gesichtspunkte	288
i) Generalpräventive Aspekte	288
6. Beginn und Berechnung der Fahrerlaubnissperre	288
a) Grundsatz	289
b) Einrechnung fortlaufender vorläufiger Führerscheinmaßnahmen bei Rechtsmitteleinlegung	289
c) Beginn der Sperre bei Strafbefehl	290
d) Beginn der Sperre bei Beschränkung des Einspruchs unter Ausklammerung der Maßregelentscheidung	290
e) Mehrere Fahrerlaubnissperren	291
7. „Isolierte Sperre“	291
a) Voraussetzungen und Wirkung	291
b) Isolierte Sperre trotz Fahrerlaubnisbesitz	292
c) Kein verkürztes Mindestmaß der Sperre entsprechend § 69 a Abs. 4 und Abs. 6 StGB	293
d) Keine Einrechnung der Zeit seit dem Urteil der letzten Tatsacheninstanz analog § 69 a Abs. 5 S. 2 StGB	294
e) Absehen von einer erneuten Sperrfristanordnung bei wiederholtem Fahren ohne Fahrerlaubnis	294
8. Nachträgliche Gesamtstrafenbildung	295
a) Gesamtstrafenbildung durch Urteil	295
aa) Erste Konstellation: „Altes Urteil mit Sperre, neues (eigentlich) ohne“	295
bb) Zweite Konstellation: „Altes Urteil und neues Urteil mit Sperre“	296
b) Durch Beschluss	297

aa) Erste Konstellation: „Keine Fahrerlaubnisentziehung/keine Sperre“	297
bb) Zweite Konstellation: „Nur eine Fahrerlaubnisentziehung/Sperre“	297
cc) Dritte Konstellation: „Mehrere Fahrerlaubnisentziehungen und/oder Sperren“	297
9. Das Ausnehmen bestimmter Kraftfahrzeugarten von der Sperre	299
a) Prüfung von Amts wegen – kein Antragserfordernis	300
b) Tauglicher Gegenstand des Ausnehmens: Fahrzeugart	300
c) Keine Ausnahme von der Sperre für bestimmte Zeiten und Orte oder die Berufsausübung	303
d) Gefahrenabschirmung („besondere Umstände ...“)	303
aa) Falsche Erwägungen im Rahmen des Ausnehmens	304
bb) Grundsätze zur Prüfung der Gefahrenabschirmung	304
cc) Objektive Gefahrenabschirmung	305
dd) Subjektive Gefahrenabschirmung	306
e) Ausnahme für Lkw oder Busse im Falle privater Trunkenheitsfahrten	307
f) Ausnahme für landwirtschaftliche Traktoren und Arbeitsmaschinen	308
g) Bedeutung wirtschaftlicher Härten für Ausnahmebewilligung ..	308
h) Keine Ausnahmebewilligung nach Rechtskraft	309
i) Voraussetzungen für das Führen der ausgenommenen Fahrzeugart	309
10. Vorzeitige Aufhebung der Sperre	309
a) Zulässigkeit nach Ablauf der Mindestfristen	309
b) Berechnung der Fristen für die frühest zulässige Sperrfristabkürzung	310
c) Zuständiges Gericht	310
d) Mitwirkung des Verurteilten an der gerichtlichen Entscheidungsvorbereitung	311
e) Entscheidungsgesichtspunkte	312
f) Bedeutung einer Nachschulung des Verurteilten	313
g) Kein Beweis wieder bestehender Eignung	315
h) Beschränkung der vorzeitigen Sperrfristauflösung auf bestimmte Kraftfahrzeugarten	315
VIII. Rechtsmittel gegen Fahrerlaubnisentziehung und Sperre	315
1. Gute Taktik? Berufungseinlegung mit dem Ziel der Maßregelaufhebung wegen Zeitablaufs	316
2. Rechtsmittelbeschränkung	317
a) Anfechtung des Schulterspruchs	317
b) Beschränkung auf den Strafausspruch	317
c) Beschränkung auf die Strafaussetzung zur Bewährung	318
d) Beschränkung auf die Verurteilung wegen einer von mehreren Taten	318

Inhaltsverzeichnis

e) Rechtsmittelbeschränkung auf die Entziehung der Fahrerlaubnis	319
f) Beschränkung des Rechtsmittels auf die Entscheidung über die Fahrerlaubnissperre	319
g) Kosten und Auslagen bei Wegfall der Fahrerlaubnisentziehung oder Milderung der Maßregel bei Rechtsmittelbeschränkung	320
3. Verschlechterungsverbot – § 331 StPO	321
a) Keine Verlängerung der Sperre durch das Berufungsgericht	321
b) Faktische Sperrfristverlängerung durch das Berufungsgericht ohne Verstoß gegen das Verschlechterungsverbot	321
4. Revision	322
5. Sofortige Beschwerde	324
IX. Fahrerlaubnisentziehung bei Inhabern ausländischer Fahrerlaubnisse (§ 69 b StGB)	324
1. Bedeutung und Voraussetzungen des § 69 b StGB	324
a) Ausländische Fahrerlaubnis muss bestehen	325
b) Regeln für Inhaber einer EU/EWR-Fahrerlaubnis	325
aa) Berechtigung nach § 28 FeV	326
bb) EU- bzw EWR-Staaten	326
cc) Umfang der Berechtigung	327
(1) Derzeitige Rechtslage	327
(2) Fahrerlaubniserwerb bis 18.1.2009	327
dd) Die einzelnen Entscheidungen des EuGH zu der Rechtslage für Führerscheine, die bis zum 18.1.2009 erteilt wurden	328
ee) Wann ist also die bis zum 18.1.2009 erteilte Fahrerlaubnis anzuerkennen?	330
ff) Wann darf die Anerkennung der bis zum 18.1.2009 erteilten Fahrerlaubnis abgelehnt werden?	331
gg) Ende des Führerscheintourismus durch	
3. Führerscheinrichtlinie und neue Fassung der FeV?	332
hh) Bedeutung des „ordentlichen Wohnsitzes“	334
c) Inhaber einer Fahrerlaubnis aus Drittstaaten	335
aa) Ordentlicher Wohnsitz im Ausland	336
bb) Begründung eines ordentlichen Wohnsitzes im Inland	337
cc) Wohnsitz im In- und Ausland	337
dd) Wohnsitz im Inland zur Zeit der Erteilung der ausländischen Fahrerlaubnis	338
ee) Ausschluss der Berechtigung	338
ff) Befristung des berechtigten Fahrzeugführers mit ausländischem Führerschein	339
2. Nicht oder nicht mehr bestehende Berechtigung nach § 29 Abs. 1 S. 3 FeV	340
3. Wirkung der Fahrerlaubnisentziehung bei ausländischer Fahrerlaubnis	340
4. Vollstreckung	341

X. Vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis	341
1. Sachliche Zuständigkeit	341
a) Sachliche Zuständigkeit im vorbereitenden Verfahren	342
b) Sachliche Zuständigkeit des mit der Sache befassten Gerichts	342
c) Sachliche Zuständigkeit des Landgerichts	342
d) Sachliche Zuständigkeit im Revisionsverfahren	344
2. Örtliche Zuständigkeit	344
3. Rechtliches Gehör	345
4. Tauglicher Adressat des § 111 a StPO	346
5. „Dringende Gründe“ im Sinne des § 111 a StPO	346
6. Ausnehmen bestimmter Kraftfahrzeugarten von der vorläufigen Fahrerlaubnisentziehung	349
7. Wirksamwerden der vorläufigen Fahrerlaubnisentziehung	350
8. Aufhebung der vorläufigen Fahrerlaubnisentziehung	351
a) Wegfall des Grundes	351
aa) Einfluss langer Verfahrensdauer	352
bb) Aufhebung während des Berufungsverfahrens	353
cc) Einfluss von Verfahrensverzögerungen durch den Angeklagten	353
b) Nichtentziehung der Fahrerlaubnis im Urteil	354
c) „Ablauf“ der Sperfrist während des Revisionsverfahrens	354
d) Aufhebung wegen Verfahrenseinstellungen	356
9. Vorläufige Fahrerlaubnisentziehung durch das Berufungsgericht ..	356
10. Ausländische Fahrerlaubnis	357
11. Rechtsmittel: Beschwerde	357
a) Zulässigkeit und Begründetheit der Beschwerde	358
b) Keine weitere Beschwerde	359
c) Auslagenerteilung bei erfolgreicher Beschwerde	359
XI. Sicherstellung und Beschlagnahme des Führerscheins	359
XII. Checkliste: Prüfungsschema für § 111 a StPO	361
XIII. Zusammenfassende Verteidigungshinweise für Verteidiger und Strategieempfehlungen	362
B. Das Fahrverbot	364
I. Fahrverbot des § 44 StGB im Strafverfahren	364
1. Rechtsnatur und Zielrichtung	364
2. Wechselwirkung mit der Hauptstrafe	365
3. Verfahrensfragen	366
a) Anordnung ohne Erscheinen des Angeklagten in der Hauptverhandlung	366
b) Anordnung im Strafbefehl	366
c) Jugendverfahren	366
d) Hinweispflicht	367
e) Rechtsmittelbeschränkung	367
f) Verschlechterungsverbot – §§ 331, 358 Abs. 2 StPO	368

Inhaltsverzeichnis

4. Voraussetzungen für die Anordnung eines Fahrverbots nach § 44 StGB	370
a) Verurteilung zu Freiheits- oder Geldstrafe	370
b) „... bei oder in Zusammenhang mit dem Führen eines Kraftfahrzeugs...“	371
c) Tatbegehung unter Verletzung der Pflichten eines Fahrzeugführers	372
d) Notwendigkeit der Nebenstrafe/„fahrverbotsfeindliche“ Verfahrensdauer	372
aa) Belastungen durch Fahrverbot	372
bb) Lange Verfahrensdauer	373
e) Umfang der Pflichtverletzung – Unterschied zu § 25 StVG	375
5. Regelfahrverbot gem. § 44 Abs. 1 S. 2 StGB	376
a) Regelmäßige Ersatzsanktion	376
b) Erschütterung der Regelwirkung	377
aa) Bedeutungslosigkeit durch Anrechnung	377
bb) Andere Gesichtspunkte	379
6. Stets nur „ein“ Fahrverbot	379
7. Straftat und OWi-Fahrverbot	380
8. Beschränkung auf bestimmte Fahrzeugarten	381
9. Fahrverbot bei ausländischen Führerscheinen	382
10. Wirksamwerden, Vollstreckung und Fristablauf	382
a) Bedeutung des Zeitpunkts der Rechtskraft und Wirkung	382
b) Kein Aufschub der Fahrverbotsvollstreckung	383
c) Vollstreckung des Fahrverbots	383
d) Berechnung der Verbotsfrist	384
aa) Beginn mit der amtlichen Verwahrung des Führerscheins	384
bb) Fristbeginn, wenn der Verurteilte keine Fahrerlaubnis hat	386
cc) Fristberechnung bei gleichzeitiger oder nachträglicher Fahrerlaubnisentziehung	386
dd) (Tatsächlicher) Führerscheinverlust	386
ee) Einfluss von Freiheitsentzug auf den Fristablauf – § 44 Abs. 3 StGB	387
ff) Anrechnung vorläufiger Führerscheinmaßnahmen auf die Verbotsfrist	388
gg) Ende der Verbotsfrist	389
hh) Kein Fahrverbot zwecks Umgehung der gesetzlichen Mindest-Fahrerlaubnissperre	389
ii) Die Anrechnungsvorschrift des § 450 Abs. 2 StPO	390
e) Fristberechnung bei mehreren, einander überschneidenden Fahrverboten	390
11. Fahren trotz Fahrverbots	391
II. Fahrverbot als Nebenfolge nach OWi – § 25 StVG	392
1. Verfahrensfragen	392
a) Rechtlicher Hinweis	392

b)	Beschlussverfahren nach § 72 OWiG	394
c)	Beschränkung des Einspruchs	395
d)	Pflichtverteidigerbestellung	396
e)	Entbindung von der Pflicht zum persönlichen Erscheinen	396
2.	Voraussetzungen für die Anordnung des Fahrverbots	398
a)	Fahrverbot trotz Nichtverurteilung wegen Ordnungswidrigkeit?	398
b)	Fahrverbot nur gegen den Fahrzeugführer	399
c)	Grobe oder beharrliche Pflichtverletzung als Voraussetzung für die Nebenfolge	399
aa)	Grobe Pflichtverletzung	399
bb)	Beharrliche Pflichtverletzung	401
d)	Rechtsprechungsübersicht: Beharrlichkeit	404
e)	Nichtausreichen einer Geldbuße als Voraussetzung für die Fahrverbotsverhängung	405
f)	Verhältnismäßigkeit	406
3.	Die Regelfahrverbote nach dem Bußgeldkatalog	407
a)	Die Bedeutung des Bußgeldkataloges	407
aa)	Regelfahrverbot des Bußgeldkatalogs indiziert Fahrverbotsvoraussetzungen!	409
(1)	Die Herleitung der Indizwirkung	409
(2)	Die Auswirkungen der Indizwirkung	410
(3)	Absehen vom indizierten Fahrverbot gegen erhöhte Geldbuße	411
bb)	Voraussetzungen für ein Absehen vom indizierten Fahrverbot	412
cc)	Entfallen der Tatbestandsvoraussetzungen des § 25 Abs. 1 StVG	415
(1)	Keine abstrakte Gefahr durch Verstoß	415
(2)	Augenblicksversagen	418
(a)	Augenblicksversagen bei Geschwindigkeitsverstößen	418
(b)	Augenblicksversagen bei Rotlichtverstößen (Mitzieheffekt pp.)	420
(c)	Augenblicksversagen bei Abstandsverstößen	421
(d)	Augenblicksversagen bei Wenden oder Rückwärtsfahren auf Autobahnen/Kraftfahrstraßen	421
(3)	Richtlinienverstoß bei Geschwindigkeitsmessungen	421
(4)	Mitverschulden	422
(5)	Irrtümer/Notstandsähnliche Situationen	423
dd)	Entfallen der erzieherischen Erforderlichkeit des § 25 Abs. 1 StVG	424
(1)	Wirkungsvolle Erhöhung der Geldbuße	425
(2)	Fahrverbotsfeindliche Verfahrensdauer	425
(3)	Verkehrserzieherische Maßnahmen	426
(4)	Vollstreckte Fahrverbote und andere Gründe	426

Inhaltsverzeichnis

ee) Unverhältnismäßigkeit aufgrund von Härten	427
(1) Berufliche Härten	429
(2) Persönliche Härten und andere Milderungsgründe	432
4. Das Regelfahrverbot bei Ordnungswidrigkeiten gem. § 24 a StVG ..	433
a) Keine abstrakte Gefahr durch Verstoß („Fahrten bis 50 m“)	434
b) Fahrverbotsfeindliche Verfahrensdauer („2 Jahre aufwärts“)	435
c) Nachschulungen, vollstreckte Fahrverbote pp.	435
d) Drohende Härten durch das Fahrverbot	435
5. Bemessung des Fahrverbots	437
6. Wirksamwerden/4-Monate-Schonfrist	438
7. Fristberechnung	439
8. Besonderheiten der Rechtsbeschwerde	441
9. Die Durchführung der Vollstreckung	442
10. Die Vollstreckung mehrerer Fahrverbote	443
a) Mehrere Fahrverbote mit Schonfrist – § 25 Abs. 2 a StVG	443
b) Mehrere „normale“ Fahrverbote	444
c) Gemischte Fahrverbote	444
d) Fahrverbot nach § 44 StGB	445
e) Fahrerlaubnisentziehung	445
Stichwortverzeichnis	447